



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



16.02.2017

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Parlament stimmt für CETA

Ein historischer Moment in der Geschichte der EU: Diesen Mittwoch haben wir das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen der EU mit Kanada, kurz CETA, final abgestimmt und es durch ein positives Votum auf den Weg gebracht. Damit wird das Abkommen ab April 2017 vorläufig angewendet werden können. CETA ist das bisher fortschrittlichste Handelsabkommen zwischen zwei Vertragspartnern. Durch dieses Abkommen werden nahezu alle Zolltarife zwischen der EU und Kanada beseitigt, Ausnahmen bleiben für spezielle landwirtschaftliche Produkte sowie einige Dienstleistungen bestehen. CETA wird für Wachstum und Investitionen sorgen, weil es den beiden Partnern gleiche Rechte zusichert. Europäische Firmen sind in Kanada künftig den kanadischen gleichgestellt und dürfen beispielsweise bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Kanada nicht diskriminiert werden.

Schon 2015 erreichte der Handel zwischen der EU und Kanada ein Volumen von 60 Milliarden Euro, was durch CETA noch einmal deutlich steigen dürfte. CETA ist auch ein positives Signal für die europäischen Bürgerinnen und Bürger: Eine größere Warenavielfalt wird uns zugute kommen. Neues Wachstum schafft neue Jobs und ermöglicht Chancen, insbesondere für die junge Generation. Am Tag nach der feierlichen Abstimmung hielt der kanadische Premierminister Justin Trudeau eine Rede vor dem Parlament in Straßburg. Er zeigte sich erfreut über den gemeinsamen Erfolg und betonte die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kanada und Europa in unsicheren Zeiten. Die EU hat mit CETA Partnerschaft statt Protektionismus gewählt! Mit Kanada werden wir die Zukunft gemeinsam gestalten, anstatt uns abzuschotten.

Neues EU-Gesetz gegen den Terror

Nach den Anschlägen von Paris im Jahr 2015 hat

unsere Fraktion einen 10-Punkte-Plan aufgestellt, der unter anderem eine strengere Kontrolle der EU-Außengrenzen sowie den Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung und die Radikalisierung im Internet vorsieht. Durch die neue EU-Richtlinie soll es europaweit strafbar werden, mit terroristischer Absicht in Drittstaaten zu reisen, um beispielsweise an Ausbildungscamps terroristischer Organisationen oder terroristischen Attacken teilzunehmen. Außerdem beinhaltet der Gesetzesvorschlag Hilfen für die Opfer von terroristischen Attacken. Insgesamt soll durch dieses Maßnahmenbündel die Sicherheit in Europa erhöht werden. In unsicheren Zeiten können wir Bürger auf Europa bauen!

Stabiler Emissionshandel – gut für's Klima!

Der Emissionshandel in der EU wird auf neue Füße gestellt: Die Zahl der CO₂-Zertifikate soll um 2,2% gesenkt werden, damit die Emissionspreise sich stabilisieren. Um die Treibhausgase bis 2030 um 40% zu senken, müs-

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



16.02.2017

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

sen die energieintensiven Industrien ihren Ausstoß um 43% senken. Außerdem sind zwei neue Fonds geplant, die mit Erlösen aus dem Emissionshandel finanziert werden sollen. Aus diesen Fonds sollen Forschungsprojekte im Bereich Erneuerbare Energien gefördert werden. 5% der Zertifikate sollen kostenlos zugeteilt werden, damit sichergestellt ist, dass Unternehmen, die bereits die niedrigsten Emissionswerte aufweisen, keine unnötigen Zertifikate kaufen müssen. Mit diesem Beschluss ist uns ein Ausgleich zwischen Klimazielen und Industrieinteressen gelungen. Die neue Investitionssicherheit schützt Arbeitsplätze. Wir senden hier ein klares Signal im Kampf gegen den Klimawandel!

Schneller umweltfreundlichere Pestizide

Pflanzenschutzmittel, die aus biologischen Bestandteilen hergestellt werden, und die ein geringes Risiko haben, Mensch und Umwelt zu schaden, sollen schneller genehmigt werden können: Eine Entschleunigung, die am

Dienstag von uns Abgeordneten verabschiedet wurde, fordert dies. Biologische Pflanzenschutzmittel könnten herkömmliche Pestizide ersetzen, deren Akzeptanz aufgrund der damit verbundenen Risiken für Mensch und Natur abnimmt. Bis Ende 2018 soll die Kommission nun Gesetzesvorschläge vorlegen, die dieser Entschleunigung des Parlaments Rechnung tragen.

Debatte über neue Griechenland-Hilfen

Griechenland benötigt auch weiterhin finanzielle Hilfen von der EU. Diese Woche debattierten wir Abgeordnete über ein neues Hilfspaket in Höhe von 86 Milliarden Euro. Wir zeigen uns solidarisch mit Griechenland, fordern aber auch Solidarität mit den Geldgebern: Die Tsipras-Regierung muss ihre Reformversprechen endlich einlösen! Insbesondere der Arbeitsmarkt und das Steuersystem müssen dringend reformiert und gerechter gestaltet werden. Ohne griechische Anstrengungen kann sich die fiskalische Situation Griechenlands nicht entspannen!

Österreichs Präsident in Straßburg

Am Dienstag sprach der neue österreichische Präsident Alexander Van der Bellen vor dem Plenum in Straßburg. In seiner Rede betonte das neue österreichische Staatsoberhaupt die Einzigartigkeit der europäischen Idee und nannte die EU eine Erfolgsgeschichte. Populismus und nationale Alleingänge seien nicht die Lösung, sondern brächten neue Probleme, so Van der Bellen. Ein wichtiger Appell an uns alle: Nationalismus und Abschottung lösen unsere Probleme nicht!

Besuch aus der Heimat in Straßburg

Diese Woche konnte ich mich über den Besuch von zwei Schulklassen freuen: Schülerinnen und Schüler des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums aus Wertheim sowie des Gymnasiums Friedrich II aus Lorch bekamen Einblick in meine Parlamentsarbeit in Straßburg. Vielen Dank für den Besuch, schön, dass Ihr da wart!

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle